



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Volksmotion JungsozialistInnen Freiburg
**Unentgeltlichkeit der öffentlichen Verkehrsmittel
für die Jugend des Kantons Freiburg**

MP 1509.10

I. Zusammenfassung der Volksmotion

In einer mit 338 gültigen Unterschriften versehenen Volksmotion, die am 7. Dezember 2010 eingereicht und am 7. Januar 2011 dem Staatsrat überreicht wurde, fordern die JungsozialistInnen Freiburg (JSF) den Staatsrat auf, dem Grossen Rat einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der den in Ausbildung stehenden Personen bis 30 Jahren sowie allen IV- und AHV-Rentnerinnen und -Rentnern, die im Kanton wohnhaft sind, unentgeltlichen Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln im Kanton Freiburg gewährt.

Nach dem Wortlaut der Volksmotion wird die Unentgeltlichkeit der öffentlichen Verkehrsmittel für die jungen Generationen dazu beitragen, dass sich die Verkehrsgewohnheiten ändern. Diese Massnahme wird dank der verstärkten Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel helfen, die Klima- und Infrastrukturprobleme zu lösen und den motorisierten Verkehr zu verflüssigen. In der Volksmotion wird ausserdem erwähnt, dass die öffentlichen Verkehrsmittel nicht nur hinsichtlich des Preises, sondern auch der Leistung so attraktiv wie möglich sein müssen, um die Jugendlichen anzuspornen, sie zu nutzen.

Den 7. Dezember 2010

II. Antwort des Staatsrats

Der Staatsrat begrüsst die Absichten der Verfasserinnen und Verfasser der Motion, die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zu fördern.

Die vollständige oder teilweise Unentgeltlichkeit des öffentlichen Verkehrs (für die Fahrgäste) ist ein regelmässig wiederkehrender Vorschlag. Deshalb soll als erstes kurz die aktuelle Finanzierung des öffentlichen Verkehrs, das Tarifangebot und die Resultate von Studien über die Wirkung der Unentgeltlichkeit angesprochen werden.

Die Einnahmen der öffentlichen Verkehrsmittel decken heute nur einen Teil ihrer Kosten. Der finanzielle Beitrag der öffentlichen Hand (Bund, Kantone und Gemeinden) ist gross. Die Transportrechnung für das Jahr 2005 zeigt, dass sich der Kostendeckungsgrad der öffentlichen Strassenverkehrsmittel in der Schweiz auf 52% und jener des Schienenverkehrs auf 56% belief. Im Kanton Freiburg wird der öffentliche Regionalverkehr nur zu 35% durch die Reisenden finanziert. Die öffentliche Hand deckt folglich im Durchschnitt 65% der Kosten.

Schon heute profitieren Kinder bis 16 Jahren und Jugendliche in Ausbildung bis 25 Jahren von Vorzugstarifen. Kinder bis 16 Jahren erhalten Einzelbillete zu einem reduzierten Tarif. Kinder und Jugendliche von 6 bis 25 Jahren erhalten ebenfalls eine Reduktion von 25% auf Steckenabonnemente und auf Abonnemente des Tarifverbunds Frimobil. Darüber hinaus gibt es verschiedene Angebote, die sich besonders an Jugendliche unter 25 Jahren richten, wie etwa die « Junior-Karte » und die « Kinder- oder Enkelkinder-Karte ». Damit ist für 30 Franken pro Jahr die Reise für Kinder unter 16 Jahren in Begleitung eines Elternteils oder der Grosseltern mit einem gültigen Fahrausweis gratis. Die Jugendlichen unter 25 Jahren mit einer Gleis-7-Karte haben für 99 Franken pro Jahr ab 19 Uhr freie Fahrt auf dem gesamten Streckennetz der SBB und auf bestimmten Strecken anderer Personenverkehrsunternehmen, darunter auf dem Regionalnetz der TPF (Stadtnetz ausgeschlossen).

Auch Seniorinnen und Senioren ab 64 respektive 65 Jahren sowie Behinderte können das Generalabonnement zu einem reduzierten Preis kaufen.

Bereits heute sind Kinder und Jugendliche in Ausbildung rege Nutzer von öffentlichen Verkehrsmitteln: 80% der Frimobil-Jahresabonnemente und 40% der Monatsabonnemente sind Junior-Abonnemente.

Mehrere Studien zeigen, dass der Fahrkartenpreis nur einen geringen Einfluss auf die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel hat. In der Tat ist der Preis nur einer von vielen Faktoren, die ihre Nutzung beeinflussen. Aus den Studien geht hervor, dass viel mehr die Qualität und die Quantität des Angebots als dessen Unentgeltlichkeit die Benutzer dazu anspornen, auf die öffentlichen Verkehrsmittel umzusteigen. Es wurde nachgewiesen, dass die öffentlichen Verkehrsmittel mehr genutzt werden, wenn die Züge und Busse eine gute Kursfrequenz aufweisen, pünktlich sind und die Wohn- und Zielorte gut bedienen.

Die Unentgeltlichkeit der öffentlichen Verkehrsmittel spielt keine entscheidende Rolle für die Änderung der Verkehrsgewohnheiten. Die Städte, die den Versuch gemacht haben (wie etwa Châteauroux in Frankreich), haben festgestellt, dass die neuen Benutzer nicht unbedingt ehemalige Automobilisten sind, die ihr Privatfahrzeug stehen lassen, sondern auch Fussgänger und Radfahrer, die nun die öffentlichen Verkehrsmittel für kurze Distanzen benutzen.

Die Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel erlauben es deshalb, das Verantwortungsgefühl der Reisenden zu wecken. Durch den finanziellen Beitrag wird sichergestellt, dass die Ressourcen vernünftig und im Sinne der Nachhaltigkeit genutzt werden.

Die Einführung der Unentgeltlichkeit wäre ferner mit grösseren technischen und rechtlichen Problemen verbunden: Prüfung der Anspruchsberechtigten, Missbrauchsbekämpfung, Entschädigung der Unternehmen für die Einnahmeverluste. Aber auch Jugendliche, die ausserhalb des Kantons eine Ausbildung besuchen, wären direkt benachteiligt, da sie nur teilweise von der Unentgeltlichkeit profitieren würden.

Seit der Einführung des Tarifverbunds Frimobil verfügt der Kanton Freiburg über ein vereinfachtes Tarifsystem, das die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel erleichtert. Für die Einführung von Frimobil war eine Erstinvestition von über einer Million Franken nötig. Seit seiner Inbetriebnahme im Dezember 2006 verzeichnet Frimobil eine erfreuliche Benutzerentwicklung. Der Staatsrat möchte seine Politik zu Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel fortsetzen. Diesbezüglich stellt die Einführung der RER Fribourg | Freiburg das Herzstück für die Entwicklung des öffentlichen Verkehrs im Kanton Freiburg dar. Beträchtliche Mittel wurden bereits in die Verbesserung der

Infrastruktur und in den Kauf von modernem Rollmaterial investiert. Zum Beispiel werden für die Verbesserung der Bahnlinie Bulle–Romont im Zeitraum von 2007 bis 2012 insgesamt 28 Millionen Franken investiert. Im Bereich der Tarife hingegen muss der Tarifverbund Frimobil noch Fortschritte machen: kombinierte Angebote, Werbeaktionen usw.

Folglich ist der Staatsrat der Meinung, dass ein vernünftiger Tarif für die öffentlichen Verkehrsmittel unerlässlich ist, um eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen sicherzustellen. Er beantragt Ihnen, diese Volksmotion abzulehnen.

Freiburg, den 21. Juni 2011